

## Ausgabe 70, 14. April 2009

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

---

In dieser Ausgabe

**Immer mehr Quereinsteiger in den Werkstätten für behinderte Menschen**  
**Eine wachsende Zahl von Personen mit psychischer Erkrankung oder leichter intellektueller Einschränkung sucht Beschäftigung in Einrichtungen für Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung**

[weiterlesen](#)

**Gegen die Landflucht**  
**Finnland erwägt, Teile der Zentralverwaltung in die Provinz zu verlegen**

[weiterlesen](#)

**Migranten und Einheimische profitieren voneinander**  
**Zwei Lehrerinnen tauschen sich über Integration aus und berichten aus ihrem pädagogischen Alltag**

[weiterlesen](#)

**Die Wanderung wird weiblich**  
**Frauen stellen bereits mehr als die Hälfte der Migranten in Europa - auch weltweit wächst der Frauenanteil an den Migranten**

[weiterlesen](#)

**In eigener Sache**  
**Neue Artikel im Online-Handbuch Demografie**

[weiterlesen](#)

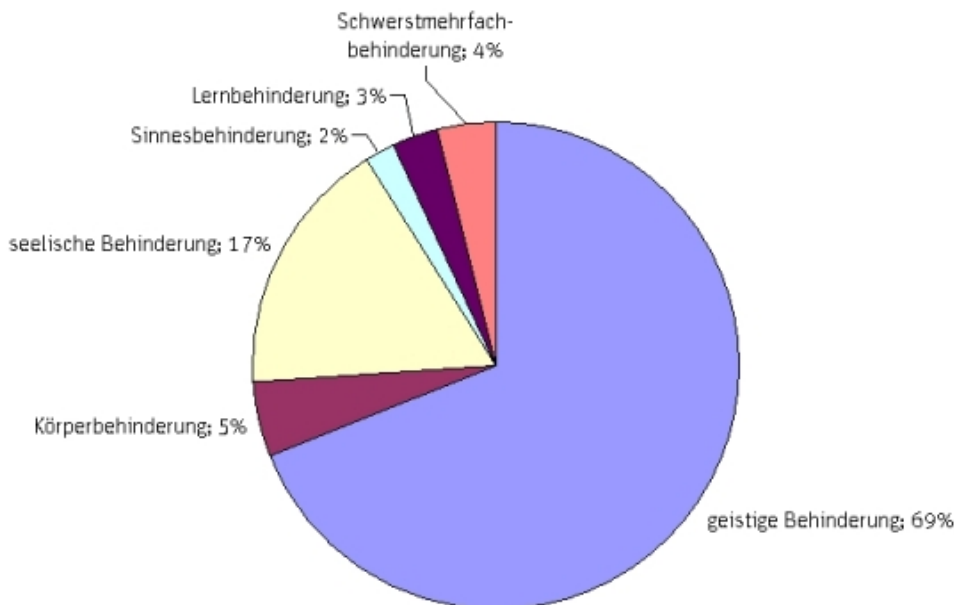
---

**Immer mehr Quereinsteiger in den Werkstätten für behinderte Menschen**  
**Eine wachsende Zahl von Personen mit psychischer Erkrankung oder leichter intellektueller Einschränkung sucht Beschäftigung in Einrichtungen für Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung**

Die demografische Alterung stellt Einrichtungen und soziale Dienste für Menschen mit Behinderungen vor große Herausforderungen. Hinzu kommt, dass Hilfeberechtigte, die bisher nicht zum typischen Nutzerkreis der Behindertenhilfe gehört haben, zunehmend Unterstützung in Anspruch nehmen. Darauf weist das Berlin-Institut in seiner jüngst erschienenen Studie "[Alt und behindert](#)" hin.

**Deutschlandweit werden etwa 213.000 Menschen mit Behinderung - stationär oder ambulant - im Wohnalltag unterstützt. 214.000 Personen arbeiten in Werkstätten für behinderte Menschen (2006).**

Personenkreise im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen 2006



**Nach den Menschen mit geistiger Behinderung bilden Menschen mit psychischen Handicaps die zweitgrößte Gruppe in den befragten Werkstätten. Personen mit rein körperlicher Einschränkung oder Sinnesbehinderung machen nur einen kleinen Anteil aus. "Schwerstmehrfachbehinderung" und "Lernbehinderung" sind Kategorien, die nicht von allen Werkstätten verwendet werden. Deshalb ist der Anteil dieser Gruppe hier eher unterschätzt (Datengrundlage: ISB 2008).**

Sorge macht den Fachleuten, dass zunehmend Menschen mit psychischer Erkrankung oder mit leichter intellektueller Einschränkung einen Bedarf an Eingliederungshilfe anmelden - als so genannte Quereinsteiger (vgl. DEMOS 67). Eingliederungshilfe für behinderte Menschen bezeichnet ein Bündel von Sozialhilfeleistungen - etwa die Versorgung in einem Heim, ambulante Betreuung oder ein Arbeitsplatz in einer Werkstatt für behinderte Menschen - für Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung wesentlich eingeschränkt sind. In diesen Werkstätten ist der Anteil der Beschäftigten mit seelischer Behinderung zwischen 2001 und 2006 um 13 Prozent von 15 auf 17 Prozent gestiegen. Das zeigt eine umfangreiche Befragung der Gesellschaft für Integration, Sozialforschung und Betriebspädagogik (ISB), an der weit mehr als die Hälfte der Werkstätten teilnahmen. Die Zahl der Beschäftigten ist in den befragten Werkstätten in der gleichen Zeit von rund 150.000 auf rund 185.000 um 16,7 Prozent gestiegen. Das ist so viel, dass die Werkstätten vielerorts nicht schnell genug hinterherkommen, neue Plätze einzurichten. Die Überbelegung wird oft durch Teilzeitbeschäftigung abgedeckt.

Hintergrund dieser Entwicklung: Psychische Erkrankungen wie Depressionen, Angststörungen oder Suchterkrankungen nehmen im gesamten Gesundheits- und Rehabilitationsgeschehen eine wachsende Rolle ein. Die Zahl der Krankenhausfälle ist in den vergangenen 20 Jahren von 3,8 pro 1.000 Versicherte auf 9,8 gestiegen - bei generell rückläufigen Klinikbelegungen. Das insgesamt verordnete Volumen von Antidepressiva hat sich zwischen 1991 und 2004 verdreifacht. Zwar wird längst nicht jede psychische Erkrankung zur dauerhaften Behinderung. Doch auch unter den Beziehern von Erwerbsminderungsrente sind immer mehr, die ihre Tätigkeit wegen einer psychischen Erkrankung beendet oder stark eingeschränkt haben. Als Grund für eine Verrentung haben psychische Störungen mittlerweile Herz-Kreislauf- und Skelett- oder Muskelerkrankungen überholt. Sowohl psychische Störungen als auch seelische

Behinderungen treten also immer häufiger auf. Als Gründe dafür diskutieren Fachleute sowohl Stressfaktoren in der Gesellschaft als auch eine gesteigerte Sensibilität für und Akzeptanz von psychischen Störungen bei Ärzten und Patienten.

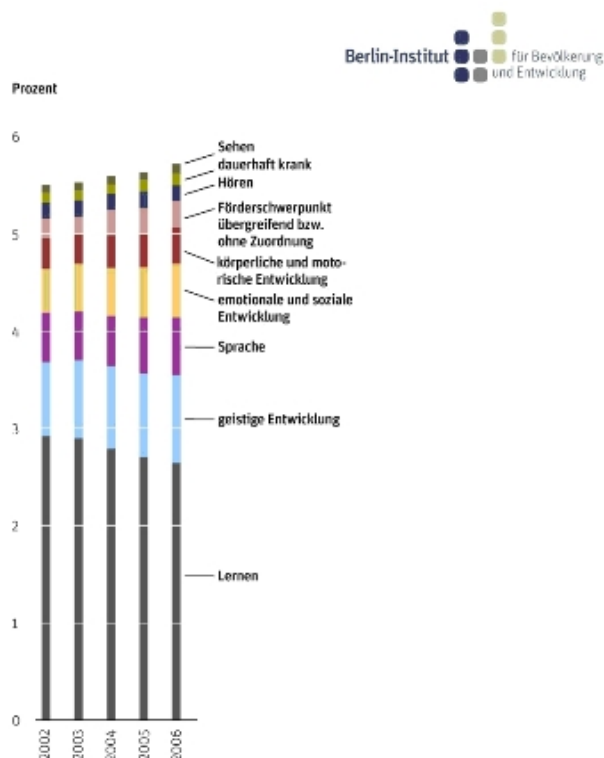
Als weitere Quereinsteiger wenden sich vermehrt Menschen mit einer Lernbehinderung an Behindertenhilfe-Einrichtungen. Als Lernbehinderung bezeichnen Sonder- und Sozialpädagogen eine kognitive Einschränkung, die leichter ausgeprägt ist als eine geistige Behinderung. Der Anteil von Menschen mit einer Lernbehinderung im Berufsbildungs- und Arbeitsbereich der Werkstätten ist zwischen 2001 und 2006 von 5,5 auf sieben Prozent angestiegen.

Typischerweise haben die Mitarbeiter von Werkstätten eine Förderschule mit dem Schwerpunkt "geistige Entwicklung" besucht, also eine, die Kinder mit geistiger Behinderung aufnimmt. Die Zahl dieser Schulabgänger steigt in den vergangenen Jahren genauso stark an wie die der Quereinsteiger: Während im Jahr 2001 rund 68.800 Schüler als geistig behindert klassifiziert wurden, waren es 2006 rund 75.700 - ein Anstieg um zehn Prozent in fünf Jahren. Möglicherweise bevorzugen Eltern die Geistigbehindertenschule gegenüber der für Lernbehinderte oder Verhaltensauffällige, weil ihr Kind damit eine hohe Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz in einer Werkstatt erhält. Dafür nehmen Sie den Stempel "geistig behindert" in Kauf.

### Der Anteil geförderter Schüler steigt

Entwicklung der Quoten in Förderschulen unterrichteter Schüler zwischen 2002 und 2006 in den verschiedenen Förderschwerpunkten in Prozent aller Schulpflichtigen

(Datengrundlage: Statistik der Kultusministerkonferenz 2008)



**Der Anteil der in Sonderschulen unterrichteten Schüler ist zwischen 2002 und 2006 von 5,5 auf 5,8 Prozent gestiegen. Etwa der Hälfte der Schüler wurde eine Lernbehinderung attestiert. Förderschulen mit einem Schwerpunkt für Lernbehinderung hatten einen Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen, während mehr Kinder wegen aller anderen Arten des Förderbedarfs sonderpädagogisch unterrichtet wurden.**

Denn auf den Abschluss einer Schule mit dem Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung" folgt beinahe automatisch die Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Wozu dieser mittlerweile umstrittene Automatismus führen könnte, zeigt ein Szenario des Berlin-Instituts. Allein durch den Zuwachs der als geistig behindert eingestuften Schüler würde

die Gesamtzahl der Werkstattmitarbeiter in den Jahren zwischen 2006 und 2026 von 214.000 auf 266.000 ansteigen - um 24 Prozent.

Der Förderbedarf wächst auch in Sonderschulen mit anderen Schwerpunkten, etwa für Kinder mit Lernbehinderungen, Sprachschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten. Sie wechseln in der Regel nicht direkt in eine Werkstatt, können aber später mangels Alternative zu Quereinsteigern werden. Absolut blieb die Zahl der Sonderschüler in den letzten Jahren zwar konstant bei knapp einer halben Million Kinder (zwischen 485.000 und 495.000). Weil es in Deutschland aber insgesamt immer weniger Kinder gab, stieg die Förderquote unterdessen von 5,4 auf 5,8 Prozent. Das ist etwa ein Kind pro Schulklasse. Nur eine Minderheit von ihnen - knapp 16 Prozent - lernt aber in einer normalen Schulklasse, wird also integrativ unterrichtet. Und das, obwohl seit Ende März 2009 eine UN-Konvention vorschreibt, dass jedes Kind mit Behinderung integrativ unterrichtet werden muss.

Für die meisten ist die Sonderschule eine Einbahnstraße. Einen offiziellen Schulabschluss erreicht später nicht einmal ein Viertel der Schüler. Ohne diesen haben sie aber kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Wer nicht direkt nach der Schule in einer Werkstatt aufgenommen wird, steht früher oder später vor der Perspektive Langzeitarbeitslosigkeit - oder wird zum Quereinsteiger in die Behindertenhilfe.

Schon 2006 war rund ein Viertel der neu in die Werkstatt eingetretenen Personen zuvor arbeitslos. Viele der Quereinsteiger mit leichter intellektueller Einschränkung, Verhaltensauffälligkeiten, Suchtproblemen oder psychischer Behinderung gelten bei Fachleuten als Grenzfälle, das heißt, sie müssten nicht unbedingt in eine Werkstatt, sondern könnten ihre Fähigkeiten auch anders ausbauen. Doch dazu fehlt ihnen die richtige Unterstützung. Denn einfache Tätigkeiten werden auf dem Arbeitsmarkt immer seltener, und die bestehenden Weiterbildungsmaßnahmen können die Einstiegschancen kaum verbessern. Viele der in der ISB-Studie befragten Fachleute in den Werkstätten machen sich Sorgen, dass der Zulauf aus der Arbeitslosigkeit in die Werkstätten weiter zunimmt. Die Reserve ist groß - nach Einschätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsfirmen gibt es 600.000 Langzeitarbeitslose, die Hilfen bei der Eingliederung ins Arbeitsleben bräuchten.

Werkstätten für Menschen mit Behinderung können aber nicht der einzige Lösungsweg bleiben, denn sie können den immer vielfältigeren Unterstützungsbedürfnissen ihrer Klienten kaum noch nachkommen. Menschen, die nur zeitweise oder bei bestimmten Aufgaben unterstützt werden müssen, verringern in der Regel mit dem Eintritt in die Werkstatt ihre Chance in den ersten Arbeitsmarkt. Zwar haben Werkstätten unter anderem den gesetzlichen Auftrag, den Übergang "geeigneter Personen" auf den ersten Arbeitsmarkt durch "geeignete Maßnahmen" zu fördern. Tatsächlich gelingt der Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt jährlich nur in weit weniger als einem Prozent der Fälle. Selbst die Vorstufe dazu, aus der Werkstatt ausgelagerte Arbeitsplätze, sind noch immer die Ausnahme: Der ISB-Studie zufolge arbeiten 3,5 Prozent der Werkstattmitarbeiter auf einem ausgelagerten Gruppenarbeitsplatz und nur ein Prozent auf einem Einzelarbeitsplatz außerhalb der Werkstatt.

### **Literatur / Links:**

[Berlin-Institut \(2009\): Alt und behindert. Wie sich der demografische Wandel auf das Leben von Menschen mit Behinderung auswirkt. Berlin.](#)

[Deutsches Institut für Menschenrechte, Pressemeldung 24. März 2009: UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ab 26. März für Deutschland verbindlich.](#)

[Gesellschaft für Integration, Sozialforschung und Betriebspädagogik \(ISB\) \(2008\): Entwicklung der Zugangszahlen zu Werkstätten für behinderte Menschen. Berlin.](#)

---

**Gegen die Landflucht**

**Finnland erwägt, Teile der Zentralverwaltung in die Provinz zu verlegen**

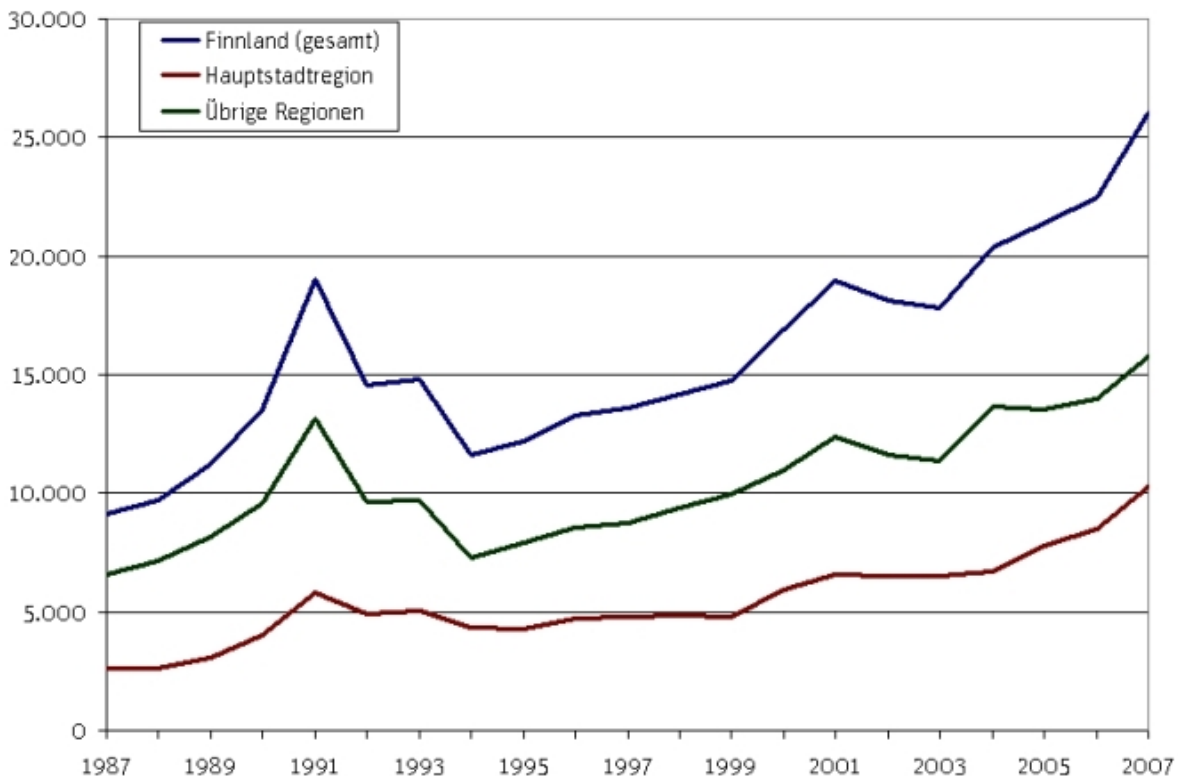
Finnland gehört zu den am dünnsten besiedelten Ländern Europas: Mit 17 Einwohnern wohnen in Finnland auf einem Quadratkilometer weit weniger Menschen als im Durchschnitt der EU-25 (117 Einwohner pro Quadratkilometer) oder in Deutschland (231). Noch weit dünner besiedelt sind die entlegenen ländlichen Gebiete Finnlands. Dorthin will die finnische Regierung jetzt staatliche Ämter verlegen, um deren Bevölkerung zu stabilisieren.

Finnen und Finninnen ziehen vor allem innerhalb der Landesgrenzen um: Nur 12.000 Finnen (0,2 Prozent der Bevölkerung) wanderten 2007 aus, aber 293.000 Personen (5,5 Prozent) haben ihren Wohnsitz innerhalb des Landes verlegt. Da die Finnen vor allem aus den ländlichen Regionen in die städtischen Wachstumszentren gehen, stehen die ohnehin menschenarmen Gebiete Finnlands seit langem vor schwierigen Aufgaben. Dies bestätigt die 2008 erschienene Studie "[Die demografische Zukunft von Europa](#)" des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die die zukünftigen Chancen der östlichen Regionen Finnlands eher als schlecht, die Aussichten für Südfinnland mit Helsinki - gemessen an demografischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren - dagegen als gut bewertet.

2007 verzeichneten 40 Prozent der finnischen Städte und Gemeinden eine Bevölkerungszunahme. In der Mehrzahl der Gemeinden hat sich die Einwohnerzahl dagegen verringert. Die schlechtesten absoluten Zahlen weist die südfinnische Kleinstadt Kuusankoski mit einem Verlust von 347 Einwohnern auf; relativ am stärksten betroffen war das winzige Kökar auf den Ålandinseln, das mit einer Abnahme von 14 Personen in nur einem Jahr fünf Prozent ihrer Einwohnerschaft verlor.

Am stärksten wuchs die Bevölkerung der Hauptstadt Helsinki und zwar um 4.010 Personen. Im Saldo kamen diese ausschließlich aus dem Ausland. Betrachtet man nur die Wanderungsbewegung von Inländern, hat selbst die Hauptstadt unterm Strich einen Verlust zu verzeichnen. 26.029 Migranten kamen 2007 nach Finnland. Von ihnen sind 39 Prozent in der Hauptstadtregion geblieben, die neben Helsinki auch die Städte Espoo und Vantaa umfasst.

**Die Zahl der Zuwanderer steigt in Finnland**



**In den letzten 20 Jahren hat sich die Anzahl der jährlich nach Finnland kommenden Migranten fast verdreifacht. Seit 1995, als Finnland der Europäischen Union beitrug, ist die Zahl der Zuwanderer fast ununterbrochen gestiegen. Die Zunahme zu Beginn der 1990er Jahre lässt sich durch den Zusammenbruch der Sowjetunion erklären. Während sich ein hoher Anteil der Migranten in der Region von Helsinki ansiedelt, ist ihrer Präsenz in ländlichen Gebieten eher gering (Datengrundlage: Statistics Finland).**

### **Unkonventionelle Wege**

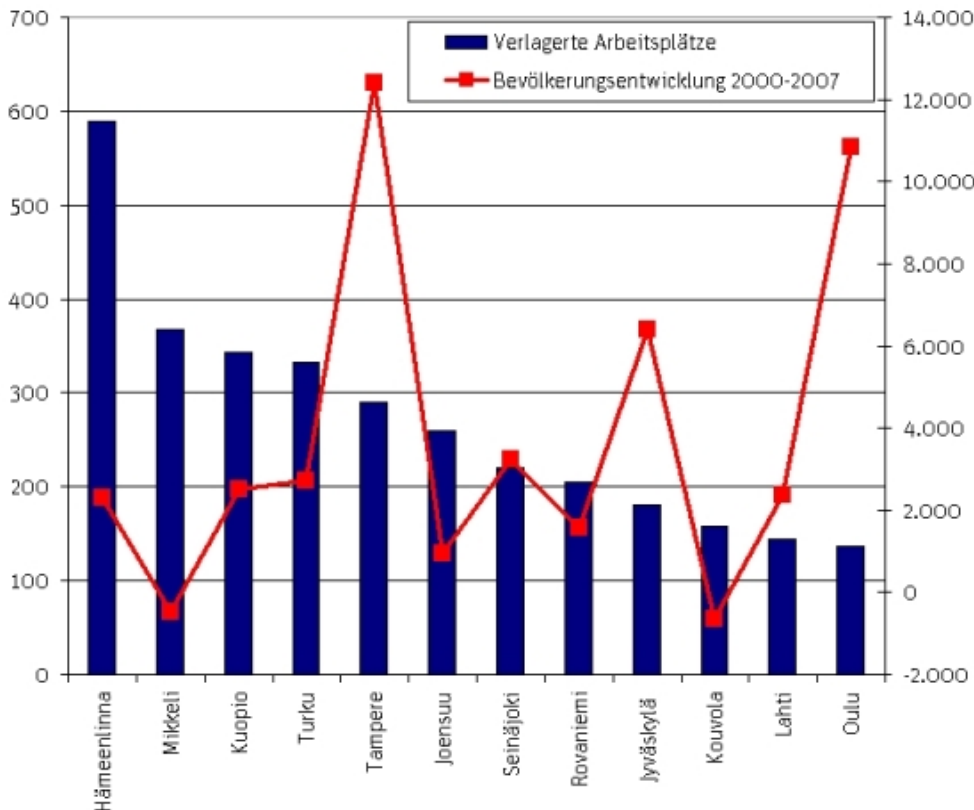
Die negative Bevölkerungsentwicklung vieler ländlicher Regionen, die auch mit Arbeitslosigkeit und schlechten öffentlichen Dienstleistungen verknüpft ist, prägt die finnische Politik und die öffentliche Diskussion seit Jahrzehnten. Der Staat hat gegen diese Entwicklung verschiedene Maßnahmen ergriffen, darunter direkte Einkommenszuschläge, eine verbesserte regionale Infrastruktur sowie die Gründung und Verlegung staatlicher Unternehmen. Die seit 2001 systematisch vorangetriebene "Regionalisierungspolitik", also die Umsiedlung staatlicher Funktionen von der Hauptstadtregion in die übrigen Regionen, ist ein weiterer, radikaler Schritt.

Nach dem Gesetz muss bei jedem bedeutsamen Umbau und der Erweiterung existierender Institutionen oder dem Aufbau neuer Ämter untersucht werden, ob diese nicht in die Regionen verlegt werden können. Insgesamt will die finnische Regierung bis 2011 über die Verlegung von 4.000 bis 8.000 Arbeitsplätzen in die Provinzen entscheiden. Damit will die Politik die gleichmäßige Entwicklung des Landes und die regionalen Arbeitsmärkte unterstützen, aber auch staatliche Funktionen sichern (The Finnish Prime Minister's Office, 2004). Was diese Maßnahmen bringen, wird sich erst nach Jahren zeigen.

Nach den bisherigen Entscheidungen sollen staatliche Arbeitsplätze im Wert von 3.600 Personenarbeitsjahren in 35 finnische Städte oder Gemeinden verlegt werden. Auf der Liste befinden sich sowohl größere Städte wie Turku oder Tampere als auch kleinere, abgelegene Orte wie Kuhmo und Sodankylä. Entsprechend variiert der Umfang der Verlegungen. Der größte Gewinner ist die südfinnische Stadt Hämeenlinna, die Arbeitsplätze von insgesamt 589 Personenarbeitsjahren zugeschlagen bekommen hat (The Finnish Ministry of Finance). Von den beschriebenen 35 Orten hat in 17 die Einwohnerzahl seit 2000 abgenommen, in weiteren 17 war die Entwicklung positiv - ein Ort ist inzwischen mit einem anderen fusioniert, so dass es keine vergleichbaren Daten gibt.

Betrachtet man nur die Städte, die von einer Verlagerung im Wert von mehr als 100 Personarbeitsjahren profitieren, sieht das Bild anders aus. Auf zwölf Städte entfallen über 83 Prozent aller verlagerten Arbeitsplätze. Alle sind nach finnischen Maßstäben mit mehr als jeweils 30.000 Einwohnern mittelgroß. Von diesen zwölf Städten haben zehn seit 2000 eine positive Bevölkerungsentwicklung erlebt.

**Die finnischen Städte, die am meisten von der Regionalisierungspolitik profitieren, weisen auch eine positive Bevölkerungsentwicklung auf**



**In zehn von den zwölf finnischen Städten, die staatliche Arbeitsplätze im Wert von mehr als 100 Personarbeitsjahren bekommen, nimmt die Bevölkerung zu. Sogar Städte wie Tampere und Oulu, die ohnehin ein starkes Wachstum erlebt haben, profitieren von der Regionalisierungspolitik. Mikkeli und Kouvola stehen trotz der staatlichen Hilfe vor demografischen Herausforderungen (Datengrundlage: The Finnish Ministry of Finance; Statistics Finland).**

Trotz positiver Effekte in diesen Städten hat die Regionalisierungspolitik kaum Chancen, die negative Bevölkerungsentwicklung vieler finnischen Regionen zu verhindern. Dies gilt vor allem für die besonders stark von Bevölkerungsverlusten betroffenen Gebiete. Denn sie können kaum die Infrastruktur bieten, die größere staatliche Behörden und ihre Mitarbeiter an ihren Standorten benötigen. Die Staatsverwaltung kann ihre Präsenz in den Regionen mit dieser Politik zwar verstärken, für die effektive Unterstützung verarmender und schrumpfender Gemeinden wären jedoch andere Mittel erforderlich. Wenn es dort überhaupt möglich ist, mit politischen Mitteln gegen den demografischen Trend zu kämpfen.

#### Literatur / Links:

[Eurostat](#)

[The Finnish Ministry of Finance / Relocation Strategy](#)

[The Finnish Prime Minister's Office \(2004\): Alueellistamishjelman periaatteet ja linjaukset](#)

[Statistics Finland](#)

#### Migranten und Einheimische profitieren voneinander

Zwei Lehrerinnen tauschen sich über Integration aus und berichten aus ihrem pädagogischen Alltag



Ahmet Toprak und Ulrike Zenk  
Vorwort von Ahmet Toprak

Das Buch enthält einen Briefwechsel zwischen zwei befreundeten Lehrerinnen aus dem Sauerland. Beide sind Deutsche, eine von ihnen ist türkischstämmig. In den persönlichen Briefen tauschen die Kolleginnen sich offen über ihr Verständnis von Integration aus. Die Perspektiven der 1952 geborenen Ulrike Zenk und der 1978 geborenen Hatice Gündogdu unterscheiden sich oft deutlich - doch führt der Austausch immer zu einem besseren gegenseitigen Verständnis, so dass sich ein interkulturelles Gespräch in bester aufklärerischer Tradition entwickelt.

Hatice Gündogdu und Ulrike Zenk unterrichten an einer Schule, zu deren Einzugsgebiet auch Werdohl gehört - eine Stadt, in der mehr als 30 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund haben, etwa 60 Prozent davon sind türkischstämmig. Die Schule ist deshalb besonders stark gefordert, den Schülerinnen und Schülern dabei zu unterstützen, sensibel auf kulturelle Unterschiede zu reagieren und Lösungen für etwaige Konflikte zu finden. Dazu sollen auch die "Integrationsklassen" beitragen, deren Klassenlehrerin Hatice Gündogdu ist: Türkischstämmige Schülerinnen und Schüler erhalten bei schulischem Misserfolg außerhalb des Unterrichts die Möglichkeit, an Deutschförder- und muttersprachlichen Türkischunterricht sowie einer AG teilzunehmen. Hier sollen nicht nur Lerndefizite bearbeitet werden, sondern es soll auch in angstfreier Atmosphäre über private Probleme gesprochen werden können - etwa über Pläne von Eltern zur Verheiratung ihrer Tochter in die Türkei und den Widerstand der Schülerin -, ohne dass der Zwang zur Rechtfertigung von kulturellen Unterschieden zu deutschen Sitten besteht.

Integration ist ein offener Prozess - und auch das Buch folgt einem offenen und persönlichen Dialog, in dem einzelne Beobachtungen und Anekdoten wie der Umgang mit Kochrezepten oder damit, dass das Auto nicht anspringt, dazu führen, die Bilder von "Deutschen" und "Türken" gegenüberzustellen, zu hinterfragen und zu verändern. Ob in diesen Beispielen tatsächlich "die Deutsche" von "der Türkin" lernt oder umgekehrt, oder ob hier nicht auch die unterschiedlichen Generationen oder einfach Individuen ihre jeweilige Sicht der Dinge mitbringen, ist allerdings nicht immer ausdrücklich mitgedacht. Aber dennoch machen die Briefe deutlich, dass es weder "die Deutsche" noch "die Türkin" gibt - und etwa Muslima aus verschiedenen Gründen das Kopftuch tragen.

Das Buch liest sich gut und regt zum Nachdenken an. Es fordert dazu auf, die eigenen Vorurteile in Frage zu stellen und das Potenzial zu nutzen, das in dem Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund liegt. Darüber hinaus weist auf Schwächen des Bildungssystems und Verbesserungsmöglichkeiten hin. Zugleich spricht es dem Bemühen des Einzelnen große Bedeutung zu, verlangt es von der aufnehmenden Gesellschaft und den Migranten, aufeinander neugierig zu sein. So schreibt Hatice Gündogdu: "Wenn jede hundertste Person mit Migrationshintergrund so eine Freundin hätte wie dich, hätten wir keine Probleme mehr." Allen, die sich mit Integrationsarbeit beschäftigen, ist dieses Buch zu empfehlen.

### **Literatur / Links:**

[Hatice Gündogdu / Ulrike Zenk: Kampf der Kulturen? Zwei Frauen gestalten Integration. Vorwort von Ahmet Toprak. Norderstedt 2008. 146 Seiten, 12,90 Euro.](#)

---

## Die Wanderung wird weiblich

### Frauen stellen bereits mehr als die Hälfte der Migranten in Europa - auch weltweit wächst der Frauenanteil an den Migranten



Auswandern war zu früheren Zeiten Männersache. Frauen und Kinder kamen meist erst nach, wenn die Pioniere ein Auskommen in der Fremde gefunden hatten. Doch längst gibt es einen Trend zur Feminisierung der Migration. In Europa bilden Frauen bereits die Mehrheit unter den Migranten.

Schätzungen zufolge lebten 1960 weltweit 76 Millionen Menschen als Migranten in Ländern, in denen sie nicht geboren waren, 2000 waren es bereits 175 Millionen. Der Frauenanteil betrug 1960 geschätzte 47 Prozent, 2000 lag er schon bei 49 Prozent. Die Zahl der Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion hat sich in dieser Zeit sogar mehr als verdreifacht: von 1,4 auf 15,5 Millionen. In Nord-, Süd- und Osteuropa lag der Frauenanteil zwischen 1960 und 2000 immer knapp über der Hälfte. Nur in Westeuropa knapp darunter - dort leben in absoluten Zahlen europaweit mit Abstand die meisten Migranten.

Der Sammelband "Migration and mobility in an enlarged Europe" enthält Länderanalysen zu Migration und Hausarbeit in Europa, die 2005 und 2006 auf Konferenzen vorgestellt worden sind. Die Beiträge untersuchen, wie Frauen durch Migration Selbstbestimmung gewinnen oder aber in Abhängigkeit geraten, und wie Geschlechterrollen und ethnische Zugehörigkeit dabei die Lebenswirklichkeit beeinflussen.

Dabei lassen sich allgemeine Beobachtungen treffen und Muster herausarbeiten: Die Frauen, die sich zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern bewegen oder sie verlassen, sind vor allem im Dienstleistungssektor tätig. Denn in der EU sind diese Arbeitskräfte sehr gefragt. Meist arbeiten die Migrantinnen gemäß der vorherrschenden geschlechterspezifischen Arbeitsteilung als Haushaltshilfen, in der Kinderbetreuung oder in der Altenpflege - schlecht bezahlt, ohne Absicherungen im Krankheitsfall oder für das Alter.

Geschichtlich gesehen haben sich die Formen und Gründe der Wanderungsbewegungen verändert: Nach dem Zweiten Weltkrieg waren oft die Familienwiedervereinigung oder wirtschaftliche Not ausschlaggebend. Dabei führen die Veränderung der sozialen und kulturellen Umgebung, der Heimat- und Identitätsverlust, die limitierten Bürgerrechte in der neuen Heimat und die ungewohnten Erfahrungen in der Fremde oft zu Anpassungsschwierigkeiten und können traumatisch sein.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1989 trat eine neue Phase ein: Die Gründe für eine Migration wurden vielfältiger, außerdem kehrten einige der ehemaligen Flüchtlinge aus dem Osten in ihre alte Heimat zurück. Nicht nur die neu gewonnene Reisefreiheit, auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Wandels trieben die Menschen auf die neue Wandschaft. Einerseits bildeten sich in den Empfängerländern Migranten-Netzwerke, die eine weitere Zuwanderung erleichterten, andererseits verschärfte die Frauenarmut in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas den Wanderungsdruck. Auch neue nationale und ethnische Konflikte bei Staatenzusammenbrüchen wie im ehemaligen Jugoslawien ließen die Migrantenzahlen in den 1990er Jahren in die Höhe schnellen. Mit dem EU-Beitritt von zehn Nationen Mittel- und Osteuropas nach der Jahrtausendwende boten sich neue Wanderungsziele.

Insgesamt liefert der Sammelband vielfältige Erkenntnisse zu den spezifischen Lebenswelten von Migrantinnen in und aus verschiedenen europäischen Ländern. Typisch ist dabei nicht nur, dass der Anteil von Frauen an den Migranten wächst, sondern auch dass Frauen im

Gegensatz zu Männern eher über kurze Distanzen migrieren und sie dies obendrein eher als Männer in Partnerschaften tun. In der Regel fördert die Frauenmigration Emanzipation und Autonomie von Frauen - oft kommt es wegen neuer Erfahrungen aber zur Trennung vom bisherigen Partner. Schließlich ist auffällig, dass ausgewanderte Frauen mehr Gelder in die Heimat zurückschicken als Männer - sie unterstützen die zurückgebliebenen Familien stärker. Das Buch zeigt mit eindrucksvollen Zahlen und Fakten, dass Migration für viele Frauen lebensbestimmend wird und eventuell neue soziale Rollen schafft - aber auch Opfer verlangt.

### Literatur / Links:

[Sigrid Metz-Göckel, Mirjana Morokvasic and A. Senganata Münst \(eds.\): Migration and mobility in an enlarged Europe. A gender perspective. Opladen & Farmington Hills 2008. 304 Seiten, 29,90 Euro.](#)

---

### In eigener Sache

#### Neue Artikel im Online-Handbuch Demografie

[Margret Karsch: Alterung in verschiedenen Weltregionen](#)

[Rainer Münz: Internationale Migration](#)

---

### Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

#### Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum  
BLZ 250 601 80  
Konto 20 28 64 07

#### Online spenden per Lastschriftverfahren

#### Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz  
E-Mail: [reiner.klingholz@berlin-institut.org](mailto:reiner.klingholz@berlin-institut.org)  
Telefon: 0 30-22 32 48 45